



27. September 2019

AUSGABE 7/2019

*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,*

zurück aus der Sommerpause geht die Arbeit im Bundestag munter weiter: Mit zwei Sitzungswochen im September ist der politische Betrieb in Berlin wieder ins Rollen gekommen.

Anfang des Monats stand die 1. Lesung des Bundeshaushalts für 2020 und der Finanzplan bis 2023 auf dem Programm. Insgesamt hat unser Finanzminister einen guten Plan vorgelegt: Wir investieren in den nächsten Jahren mehr Geld als jede Regierung vor uns. Zugleich planen wir die größte Steuer-senkung seit mehr als 10 Jahren. Ich finde, das kann sich sehen lassen!

In dieser Woche haben wir unter anderem höhere Löhne in der Pflege und Entlastungen von Angehörigen auf den Weg gebracht. Das meistdiskutierte Thema war das Klimaschutzprogramm, hierzu im Nachgang mehr.

Personelle Neuigkeiten gibt es aus der Fraktion. Am Dienstag haben wir Rolf Mützenich zu unserem neuen Vorsitzenden gewählt. Seine besonnene Art hat der Fraktion bisher gut getan.

Klimaschutzprogramm 2030 auf den Weg gebracht

Deutschland bekommt ein Klimaschutzgesetz! Allein das ist schon ein Gewinn. Denn dies bindet nicht nur die jetzige Regierung, sondern auch zukünftige. Dazu prüft ein unabhängiges Gremium jährlich, ob die Zielvorgaben eingehalten werden. Sonst muss das zuständige Ministerium nachsteuern. Der Inhalt des Gesetzes ist auf drei Säulen aufgebaut:

- Preis für Verschmutzung (CO₂)
- Entlastung
- Investitionen

Das heißt, auf der einen Seite steigen die Preise für Benzin und Heizöl, die Kfz-Steuer wird angepasst und der Luftverkehr teurer. Auf der anderen Seite wird die Stromumlage günstiger und die Pendlerpauschale erhöht.

Um in Zukunft Alternativen für die Fortbewegung und Energieerzeugung zu haben, investieren wir in das Schienennetz, den ÖPNV, die Gebäudesanierung, die Entwicklung alternativer Kraftstoffe, regenerative Energien und steigen aus der Kohle aus.

Es ist also kein Sammelsurium von Maßnahmen, sondern schon durchdacht. Viele haben gefordert, den Preis für Verschmutzung viel höher anzusetzen, um größere Verhaltensänderungen zu erzielen. Das Gesetz sieht dagegen eine moderate Preiserhöhung vor, um den Menschen das Signal zu geben: Es wird teurer, wenn du dich nicht umweltfreundlich verhältst. Aber gleichzeitig auch: Wir schaffen Alternativen und unterstützen dich bei der Umstellung.

Das ist kein radikaler Weg, aber Sozialdemokraten müssen sowohl an das Klima als auch an den sozialen Ausgleich denken. Deshalb möchte ich mit dem Gesetz starten und eventuell nachsteuern, wenn es nicht so greift, wie wir es uns vorstellen. Die Alternative wäre kein Gesetz und viel vergeudete Zeit.

Kohleregionen beim Ausstieg unterstützen

Die sogenannte Kohlekommission hat es vorgeschlagen: Bis spätestens 2038 wollen wir in Deutschland keinen Strom mehr aus Kohle erzeugen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Allerdings dürfen wir auch die Menschen in den Regionen, die durch den Ausstieg vor großen Veränderungen stehen, nicht alleine lassen. Dieser SPD-Ansatz ist der Grundgedanke des in dieser Woche eingebrachten Strukturstärkungsgesetzes.

Vom Ausstieg am meisten betroffen sind die Braunkohleregionen in NRW, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Der Bund unterstützt sie in den Jahren bis 2038 mit insgesamt 40 Milliarden Euro.

Auch das Ruhrgebiet und weitere Steinkohleregionen, die aufgrund der Stilllegung von Kohlekraftwerken betroffen sind, werden mit etwas mehr als einer Milliarde Euro unterstützt. Mit dem Geld sollen beispielsweise Infrastruktur, wie Autobahnen oder Bahnhöfe, erneuert werden. Dazu fließt viel Geld in die Entwicklung neuer Technologien, von denen die Regionen profitieren sollen. Es soll Unternehmen anlocken und damit Arbeitsplätze schaffen.

Zur allgemeinen Förderung strukturschwacher Regionen habe ich diese Woche im Plenum gesprochen. Es macht aus meiner Sicht wenig Sinn, ausschließlich auf die Unterschiede zwischen Ost und West zu schauen und danach Geld zu verteilen. Wir brauchen dringend ein gesamtdeutsches Förder-system, um gezielt alle strukturschwachen Regionen zu unterstützen.

Mietenexplosion stoppen und mehr günstigen Wohnraum schaffen

Ob zur Miete oder eine Eigentumswohnung – für viele Menschen wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Bereits im letzten Jahr haben wir deshalb auf einem Wohngipfel mit der Union Maßnahmen beschlossen, um die Mietpreise zu senken und die Rechte von Mietern zu stärken. Allerdings zeigt uns die aktuelle Lage auf dem Wohnungsmarkt, dass wir noch weiter gehen müssen als bislang.

Daher hat unsere Fraktion diese Woche ein Papier herausgebracht, in dem wir darlegen, wie wir in Zukunft für noch mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen wollen. Unsere wichtigste Forderung ist ein fünfjähriger bundesweiter Mietenstopp in Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt, um den Menschen eine Verschnaufpause zu geben. Diese Pause müssen wir dann nutzen, um mehr bezahlbare Wohnungen zu bauen und die Position von Mietern weiter zu verbessern, etwa durch einen stärkeren Kündigungsschutz.

Jetzt gilt es unseren Koalitionspartner von der Notwendigkeit zu überzeugen. Ein bisschen mehr Bewegung in der Sache würde dem Land gut tun.

Unterstützung für Fluggesellschaft Condor

Die Bundesregierung und das Land Hessen haben sich dazu entschlossen, die deutsche Fluggesellschaft Condor mit einem Kredit von 380 Millionen Euro auszuhelfen. Damit bewahren wir tausende deutsche Urlauber davor, dass ihr Rückflug in die Heimat gestrichen wird. Zusätzlich retten wir knapp 5.000 Arbeitsplätze bei Condor, die ohne den Kredit höchstwahrscheinlich verloren wären.

Kurz zum Hintergrund: Vor ein paar Tagen hat der britische Reisekonzern „Thomas Cook“ Insolvenz angemeldet. Der Konzern ist der alleinige Eigentümer der Fluggesellschaft Condor. Condor selbst geht es wirtschaftlich gut, allerdings musste die Fluggesellschaft in den letzten Monaten einen Großteil ihrer Gewinne an „Thomas Cook“ überweisen, da der Konzern Zahlungsschwierigkeiten hatte.

Dadurch ist auch Condor nun in Schieflage geraten. Da die Fluggesellschaft selber aber wirtschaftlich gesund ist, hat sich der Bund dazu entschlossen, ihr mit einem Notkredit auszuhelfen, bis sie wieder alleine klarkommt.

Jetzt gilt es dafür zu sorgen, dass das Geld auch wirklich für Condor genutzt wird und nicht am Ende „Thomas Cook“ mit dem Geld seine Schulden bezahlt. Zu diesem Zweck läuft bereits ein Verfahren. Ich hoffe und bin zuversichtlich, dass Condor in einiger Zeit wieder auf eigenen Füßen stehen kann. Die Mitarbeiter sowie Gewerkschaften und Verbraucherschützer sind erst einmal erleichtert.

Bessere Arbeitsbedingungen für Paketboten

Immer mehr Produkte werden heutzutage übers Internet eingekauft. Deshalb gibt es auch immer mehr Paketzusteller, die von Tür zu Tür hetzen, Abholscheine ausfüllen oder Pakete beim Nachbarn zustellen müssen. Ein stressiger Job, für den sie oftmals ein mickriges Gehalt unterhalb des Mindestlohns erhalten. Mit dem „Paketboten-Schutz-Gesetz“ von unserem Arbeitsminister Hubertus Heil wollen wir diesen Zustand beenden. Nun haben wir es im Kabinett verabschiedet.

Der Grund für die schlechte Bezahlung liegt darin, dass viele Zusteller nicht bei großen Paketdiensten wie DHL angestellt sind, sondern bei einem sogenannten Subunternehmen. Ein solches Unternehmen arbeitet im Auftrag großer Paketdienste, bietet aber wesentlich schlechtere Arbeitsbedingungen. Deshalb gilt künftig, dass ein Unternehmen selber dafür haftet, wenn eines seiner Subunternehmen keinen Mindestlohn oder keine Sozialversicherungsbeiträge zahlt. Dies ist die sogenannte Nachunter-

nehmerhaftung. Sie soll dafür sorgen, dass auch Angestellte kleinerer Unternehmen unter guten Bedingungen arbeiten können und große Paketzusteller dazu anhalten, für gute Arbeitsbedingungen bei ihren Subunternehmen zu sorgen.

Noch eine gute Nachricht flattert zum Ende der Sitzungswoche rein: Wir stehen kurz vor einer Einigung mit der Union zur Grundrente. Sie wird kommen – evtl. mit einer Finanzprüfung, aber ohne Bedürftigkeitsprüfung. Aktuell sind die Beschlüsse noch nicht druckreif, ich hoffe euch aber in der nächsten Info-Post mehr sagen zu können.

Zudem noch zwei Ankündigungen: Am 3. Oktober geht das Team Poschmann mit zwei Staffeln beim Sparkassen Phoenix-Halbmarathon an den Start. Wer Lust hat: Wir freuen uns natürlich über jeden, der uns unterstützen möchte. Der Start ist um 11 Uhr am Südufer des Phoenix-Sees.

Auf einen weiteren Termin möchte ich euch bereits jetzt schon hinweisen: Am 29. Oktober gibt es die neue Ausgabe von Poschmann, Pils und Politik! Zu Gast ist dieses Mal mein Kollege Matthias Miersch. Er ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und unter anderem zuständig für Klimapolitik. Dieses Thema soll im Mittelpunkt des Abends stehen. Wenn ihr dabei sein wollt, meldet euch bitte kurz unter sabine.poschmann.ma04@bundestag.de oder 0231 286 786 18 an, damit wir besser planen können.

Wir sehen uns! Eure

Sabine



SPD **JUSOS**

**POSCHMANN,
PILS UND POLITIK** MIT MATTHIAS MIERSCH,
stellvertretender Fraktionsvorsitzender SPD-Bundestagsfraktion, zu Klima- und Energiepolitik

29. OKTOBER 2019, 18 Uhr

Sissikingkong // Landwehrstraße 17 // 44147 Dortmund

Wir weisen darauf hin, dass bei dieser Veranstaltung Bildaufnahmen zur Dokumentation der Veranstaltung in der Presse und dem Internet gemacht werden.
Mit der Teilnahme an der Veranstaltung erklären Sie sich damit einverstanden. V.15.d.P. Sabine Poschmann, MdB, Brödenweg 10, 44133 Dortmund